



Verpflichtung und Verantwortung

André Kuper berichtet auf Einladung der Senioren-Union über die Asyl- und Flüchtlingspolitik

Von Monika Schönfeld

Schloß Holte-Stukenbrock (WB). »Mit den Übergriffen auf Frauen zu Silvester in Köln ist uns der Geduldfaden gerissen. Das Gute am Schlechten ist, dass die Politik die Probleme erkannt hat und an Lösungen arbeitet.« Das hat André Kuper gesagt, stellvertretender Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, und Sprecher der CDU für Kommunales, Sport, Integration und Flüchtlingspolitik.

Kuper hat am Montag im Gasthof Zur Post auf Einladung der Senioren-Union vor 75 Zuhörern über die Asyl- und Flüchtlingspolitik gesprochen. Es sei schwer, nach Köln nicht pauschal zu diskutieren, sagte Kuper. Das Problem, dass sich Ausländer nicht an das Recht halten, sei nicht neu. »In Gelsenkirchen und Duisburg gibt es seit Jahren No-Go-Areas, in die sich die Polizei nicht hineintraut. Das ist alles nicht neu. Die CDU hat zur inneren Sicherheit mehrere Anträge gestellt, die aber abgelehnt worden sind. Nach Köln ist die Welt anders. Jetzt wird über Polizeiasistenten, den Einsatz von pensionierten Polizeibeamten und Razzien diskutiert.« Problem sei, dass die Justiz Straffällige – egal welcher Nationalität – oft laufen lassen müsse. Die seien am nächsten Tag wieder auf der Straße.

»Ich habe noch nie erlebt, dass ein Thema wie das der Flüchtlingspolitik innerhalb meiner Partei so kontrovers diskutiert wird. Ich finde das gut. Was schlecht läuft, muss man benennen.« André Kuper wird nicht müde, sich mit dem Thema in seinem Landtagswahlkreis den Bürgern zu stellen. Er berichtet, dass er seit anderthalb Jahren in fast allen Registrierungsstellen und Notunterkünften für Flüchtlinge in NRW gewesen ist. 2015 war er auf Lampedusa. »Ich war mit auf dem Mittelmeer und habe Menschen aus dem Wasser kommen sehen.« Im November hat Kuper das UNHCR-Flüchtlingscamp Zatari in Jordanien besucht. Knapp 80 000 syrische Flüchtlinge leben hier, Kinder, denen Gliedmaßen fehlen, Kinder mit Schussverletzungen. »Das berührt. Wir sind verpflichtet, den Menschen zu helfen – allein aus unserem christlichen Verständnis. Menschen in Not sollten in Deutschland Aufnahme finden. Aber: Menschen ohne Anspruch auf Asyl müssen schnell in ihre

Heimatländer zurück, damit die Bereitschaft zu helfen in Deutschland erhalten bleibt.«
Lösungen

Kuper fordert eine europaweite Lösung der Flüchtlingsproblematik. Italien und Griechenland, die zuerst betroffen waren, hatten damals schon Kontingente für alle EU-Staaten gefordert. Damals hat Deutschland abgelehnt. Die EU hat bei der Verteilung von Flüchtlingen keinerlei Kompetenz. »Wir können jetzt schlecht fordern, was wir vor drei Jahren abgelehnt haben.«

Die Fluchtursachen müssten bekämpft werden: Krieg, Armut, Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit in den Herkunftsländern. Kuper weist darauf hin, dass künftig verstärkt mit Flüchtlingen aus Afrika zu rechnen ist. Dort herrsche 60 Prozent Arbeitslosigkeit. Über das Smartphone sei aber weltweit sichtbar, wie gut es Europäern gehe. »Wir müssen eine Bleibeperspektive in den Heimatländern schaffen. Jeder Euro, der dort nicht investiert wird, kostet uns 3000 Euro.« Allerdings sei die Entwicklungshilfe heruntergefahren worden, auch die Mittel für das World-Food-Programm verringert worden. Plan B sei, die EU-Außengrenzen zu schützen. Davor, Deutschlands Grenzen dicht zu machen, warnt Kuper eindringlich. Freier Waren- und Personenverkehr werde dann mit Grenzposten und Zoll unmöglich, die Wirtschaft und der Euro, die Stabilität Europas gefährdet. Bürokratie

In Italien funktioniere, was in Deutschland bisher nicht funktioniert hat. »Die Flüchtlinge werden direkt bei ihrer Ankunft von Ärzten untersucht, fotografiert und erkennungsdienstlich mit Fingerabdruck erfasst und kommen erst dann in die Erstaufnahme. nach Deutschland sind knapp 36 Prozent Syrer gekommen, allerdings sind 113 000 Menschen aus den demokratischen Republiken Albanien, Kosovo, Serbien und Mazedonien gekommen, die keine Bleibeperspektive haben.«

Der deutsche Rechtsstaat ermögliche, dass sich abgelehnte Asylbewerber an bis zu sieben weitere Instanzen wenden können. darüber vergehen Jahre, die Kinder sind inzwischen verwurzelt in der Schule, haben Freunde und zum Schluss muss der Landrat die Abschiebung sogar gegen den Widerstand der inzwischen befreundeten Bürger durchsetzen. »Mir dauert das zu lang. In einem Rechtsstaat muss das schneller gehen«, meint Kuper.